Beigeordneter für Finanzen und Vermögen
Klaus Zimmermann

Es gilt das gesprochene Wort!

Haushaltseinbringung Haushalt 2011 - Stadtratssitzung am 13. 12. 2010

Sehr geehrte Stadtratsvorsitzende,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
sehr geehrte Stadträtinnen,
sehr geehrte Stadträte,
liebe Gäste,
sehr geehrte Verwaltungsmitarbeiterinnen und –mitarbeiter,

ein Jahrzehnt im neuen Jahrtausend ist schon wieder vorüber. Wir stehen an der Schwelle des nächsten Jahrzehnts. Vor 2 Jahren, als ich den 2009er Haushalt eingebracht habe, war ich recht zufrieden, endlich gemeinsam das Ziel erreicht zu haben, einen ausgeglichenen Haushalt dem Stadtrat vorlegen zu können. Mit der Einführung des Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens und der Umstellung des kompletten Buchungssystems und der einbrechenden Wirtschafts- und Finanzkrise wurde das Jahr 2010 zu einem schwierigen Haushaltsjahr. Wir mussten einen Haushaltsplan mit einem Defizit auf den Weg bringen, ein Defizit von knapp 18 Mio. EUR.

Ich gehe davon aus, dass trotz vieler Probleme, die wir bei der Einnahmerealisierung in unserem Haushalt haben, das Ergebnis zum Jahresabschluss erreichen. Trotz aller Bemühungen ist es uns für das Jahr 2011 nicht gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Mit der jetzigen Ergebnisgestaltung, ausgehend von der mittelfristigen Planung 2010 und unserem Eckwertebeschluss, legen wir Ihnen heute einen Haushaltsplan mit einem Ergebnis von 8,8 Mio. EUR Fehlbetrag vor.

Folie 1

Dieses Haushaltsdefizit von 8,8 Mio. EUR ist nach wie vor eine schwere Last, die wir in die Zukunft tragen.

Gleichzeitig legen wir Ihnen die Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes bis zum Jahre 2014 vor, aus der hervorgeht, dass wir im Jahr 2011 4 Mio. EUR einsparen wollen, ich sage, einsparen müssen.

Folie 2

Ziel muss es sein, ein Ergebnis zum Jahresende 2011 mit 4,4 Mio. EUR zu erreichen.

Meine Damen und Herren, ich kann Ihnen sagen, dass die geborenen Wassermänner, mein engster Mitarbeiter aus dem Fachbereich Finanzservice, Herr Dr. Hartung, und ich, große Strecken schwimmen mussten, um diesen Haushalt, in dieser Form, mit diesem überschaubaren Ergebnis vorlegen zu können. Gleichzeitig muss ich dabei natürlich erwähnen, dass der geborene Waage-Mensch, unser Oberbürgermeister, hier von Anfang an ausgleichend gewirkt hat. Der vorliegende Haushalt und das vorliegende Haushaltskonsolidierungskonzept stellt aus unserer Sicht ein ausgewogenes Verhältnis dar, um die Ziele, die Aufgaben, die Beschlüsse, die der Stadtrat formuliert und gefasst hat, im Jahre 2011 umsetzen zu können. Gleichzeitig müssen wir weitere Einsparpotentiale erschließen und zusätzliche Einnahmen generieren. Dieser Haushalt mit diesem Haushaltskonsolidierungsfortschreibungskonzept ist aus unserer Sicht genehmigungsfähig und ich versichere Ihnen, dass alle Mitarbeiter der Verwaltung, einschließlich der höchsten Riege hinter mir, unsere Beigeordneten, mit äußerster Disziplin dazu beigetragen haben.

An dieser Stelle möchte ich mich bei meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern aus meinem Dezernat, bei den Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern in den anderen Dezernaten, bei meinen Beigeordnetenkollegen und unserem Oberbürgermeister für die Unterstützung bei der Erarbeitung der Ihnen vorliegenden Unterlagen bedanken.

Es war sicherlich nicht immer einfach, aber durch konstruktive Diskussionen und Besprechungen konnten wir unser gemeinsames Ziel, diesen Haushalt genehmigungsfähig zu gestalten, erreichen. Das Defizit von 8,8 Mio. EUR mahnt uns und ruft uns gleichzeitig zur weiteren Sparsamkeit und zur intensiven weiteren Konsolidierung auf.

Verschiedene Beschlüsse und Anträge, die hier im Stadtrat diskutiert, besprochen und am Ende beschlossen wurden, erschwerten das Erreichen des Zieles, das Defizit aus der mittelfristigen Finanzplanung nicht zu überschreiten, nicht unerheblich. Unser Haushalt beinhaltet Investitionen, um unsere Stadt noch lebenswerter und attraktiver zu machen. Diese Maßnahmen im Wettbewerb der Großstädte sind nachvollziehbar, fordern aber Konsequenzen in der Haushaltspolitik.

Folie 3

Beschlüsse bezüglich der Sporthalle Buckau oder der Schwimmhalle Nord oder aber auch die Verbesserung und Qualifizierung unseres exzellenten Winterdienstes führen natürlich in der Folge zu weiteren Haushaltsausgaben, die wir in der mittelfristigen Planung so nicht berücksichtigt hatten.

Diese zusätzlichen Ausgaben sind zusätzlich zu erwirtschaften auf der einen Seite durch Einsparungen und auf der anderen Seite durch Erhöhung unserer Einnahmen. Das muss im Zusammenhang von Beschlüssen bezüglich derartiger Investitionen immer wieder in den Mittelpunkt gerückt werden.

Natürlich gibt es auch noch andere zusätzliche finanzielle Lasten, die weniger hausgemacht sind, aber trotzdem von uns zu tragen sind.

Folie 4

Hier erinnere ich an verschiedene Gesetzesänderungen des Bundes,
z. B. die Einführung des elektronischen Personalausweises, die voraussichtliche Einführung der elektronischen Ausländerakte, die Berücksichtigung der europäischen Dienstleistungsrichtlinie und die Änderungen bezüglich des SGB II und hier im Einzelnen, z. B. die Veränderungen der Zuverdienstgrenzen.

Die allein im Sozialbereich eine Mehrbelastung von ca. 200 Tsd. EUR verursachen, in dem unsere KdU-Ausgaben steigen. All diese bundesgesetzlichen Änderungen führen zu höheren Kosten, ohne dass das Konnexitätsprinzip eingehalten wird. Die finanzielle zusätzliche Ausgestaltung dieser Aufgaben müssen über unseren Haushalt geschultert werden.

Als ob das nicht genügen würde, nein, unser Land beteiligt sich auch bei dieser Lastenübertragung.

Folie 5

Die Einführung des Digitalfunks für unsere Feuerwehr. Einerseits steigt damit die Sicherheit (so soll es sein), andererseits tragen wir die Investitionskosten.

Von steigenden Betriebskosten will keiner etwas hören. Daneben beschließt der Landtag, dass für unsere Kameraden eine Zusatzrentenversicherung abgeschlossen werden kann.
Natürlich freiwillig.
Aber wer will den 240 Feuerwehrkameraden der freiwilligen Feuerwehr sagen, die Leib und Leben ehrenamtlich in den Dienst der Stadt stellen, dass wir von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch machen?
Und zu guter Letzt, streicht man den Kommunen mit Kabinettsbeschluss den Anteil an der Feuerschutzversicherung!

Der Stadtrat hat neben diesen oben genannten Beschlüssen und diesen zusätzlich übertragenen Aufgaben sehr richtige zukunftsweisende Beschlüsse im Zusammenhang mit unseren Schulden gefasst.

Folie 6

Die Entschuldung über Stark II, in den nächsten 10 bis 14 Jahren die Hälfte aller unserer Kredite zurückzuzahlen, ist der richtige Weg, der auch gleichzeitig zu konsumtiven Entlastungen im Bereich unserer Zinszahlungen führt.

Derartige entlastende Beschlüsse ermöglichen mittelfristig als auch langfristig wieder neue Spielräume vor allem in unserem investitiven Bereich.

Schauen wir uns unseren investiven Bereich an und die Entwicklung der Investitionsausgaben, dann müssen wir feststellen, dass wir hier deutliche Rückgänge zu verzeichnen haben, die auch die wirtschaftliche Entwicklung unserer Landeshauptstadt Magdeburg beeinflusst.

Folie 7

Im kommenden Jahr werden wir 38,2 Mio. EUR investieren.

Die Jahre danach	im Jahre	2012	36,9 Mio.
		2013	28,6 Mio.
		2014	23,6 Mio.

Diese rückläufigen Ausgaben führen natürlich zu rückläufigen Aufträgen in unserer mittelständischen Wirtschaft.

Ausgehend davon, dass die Konjunktur sich belebt und die Konjunkturdaten voraussagen, dass die Wirtschaft in den nächsten 2, 3 Jahren entsprechend wieder wächst, so erwarten wir frühestens 2013/14 das Niveau vom Jahr 2008. Ausgehend von dem antizyklischen Verhalten einer Kommune dürften wir frühestens 2013/14 die wirtschaftlichen Investitionen zurückhaltender gestalten.

Um aber unsere Investitionen schnellstens wieder auf ein höheres Niveau zu entwickeln, ist es unabdingbar, dass wir unseren Haushalt entsprechend der vorgegebenen Daten einhalten oder aber auch, was noch viel entscheidender wäre, das Defizit frühzeitiger abzubauen.

Wir haben für das Haushaltsjahr 2011, wie ich anfangs schon sagte, ein Defizit von 8,8 Mio. EUR, dazu das laufende Haushaltsjahr mit einem Defizit von ca. 18 Mio. Euro und darüber hinaus existiert nach wie vor unser Defizit aus den vorangegangenen kameralen Jahren von 180 Mio. EUR.

Wir sind verpflichtet, gerade auch gegenüber unseren nachfolgenden Generationen, dieses Defizit in einem überschaubaren Zeitraum – hier ist die Vorgabe 2015 – abzubauen.

Unserer mittelfristigen Finanzplanung können Sie entnehmen, dass wir ab dem Jahre 2012 auch mit einer veränderten Finanzzuweisung des Landes rechnen. Ich erinnere daran, dass alle Landtagsfraktionen bei der Verabschiedung des Finanzausgleichsgesetzes im Dezember 2009 die Evaluierung des Finanzausgleichsgesetzes zugesagt haben.

Folie 8

Auch bei den Haushaltsberatungen des Doppelhaushaltes 2010/11 im Januar 2010 wurde von allen Fraktionen im Landtag nochmals auf die Evaluierung des FAG's verwiesen.
Wir gehen davon aus, dass im Ergebnis der Überarbeitung des Finanzausgleichsgesetzes die Maßgaben der aufgabenbezogenen Finanzierung der Kommunen auch durchgesetzt werden.

Ob am Ende im Landtag ein derartiges Finanzausgleichsgesetz beschlossen wird, entzieht sich unserer Kenntnis.

Wir wollen deutlich mit unserer Erwartungshaltung gegenüber dem Land vermitteln, dass die Finanzierung der Landeshauptstadt Magdeburg zur ordnungsgemäßen Erfüllung aller ihr übertragenen Aufgaben einen derartigen Beitrag erwartet. Das dieser Beitrag nicht weltfremd ist, geht aus dem Referentenentwurf des Innenministeriums vom April 2009 hervor.

Dieser Referentenentwurf hat auf der Datenbasis des Statistischen Landesamtes der Jahre 2005 bis 2007 den finanziellen Gesamtbedarf aller Kommunen ermittelt und entsprechend der zu erledigenden übertragenen Aufgaben aufgeteilt.

Im Ergebnis hätte die Stadt Magdeburg gegenüber der jetzigen Finanzzuweisung 30 Mio. EUR mehr bekommen müssen.

Aber allein auf diese Möglichkeit der gerechten Finanzierung können wir uns nicht verlassen.

Wir stehen an einem Punkt, dass wir bezüglich der vor 16, 18, 20 Jahren getätigten Investitionen heute schon wieder darüber entscheiden müssen, die notwendigen Reinvestitionen bzw. großen Instandsetzungen zu planen. Ziel muss für uns sein, dass wir das, was wir in den letzten 20 Jahren entwickelt und umgesetzt bzw. geschaffen haben, erhalten bleibt. Dieser Anstrengung müssen wir uns stellen. Wie schwer das wird, das wissen Sie, die Investitionszahlen hatte ich Ihnen vorhin vorgestellt. Die wenigsten Investitionsausgaben waren davon große Instandsetzungen bzw. Reinvestitionen.

Ich fasse noch einmal zusammen, wir haben ein laufendes Defizit von 8,8 Mio. EUR, wir haben ein Defizit aus dem Jahre 2010 von knapp 18 Mio. EUR, und wir haben ein Defizit aus dem konsumtiven Bereich der letzten 8 Jahre von 180 Mio. EUR.

Die Aufgabe, die vor uns steht, heißt, gut 200 Mio. EUR müssen konsolidiert werden. Die vorliegende Beschlussvorlage bezüglich der Fortschreibung des Haushaltskonsolidierungskonzeptes zeigt Ihnen Ansätze, um dieses Ziel erreichbar zu gestalten.

Folie 9

Neben der Beschlussvorlage Haushalt und der Beschlussvorlage Haushaltskonsolidierung liegen Ihnen weitere 40 Anträge zum Haushalt vor und 4 Anträge zur Haushaltskonsolidierung. Diese wurde im Finanz- und Grundstücksausschuss beraten und beschlossen.

Warum ich deutlich an unsere Konsolidierung erinnere, liegt einfach daran,

Folie 10

dass von den 40 Anträgen über die Hälfte Anträge zum Haushalt sind, die eine Erhöhung der Ausgabeseite beabsichtigen. 12 Anträge zeigen keine direkte Auswirkung auf den Haushalt und lediglich 7 Anträge zum Haushalt befassen sich mit der Entlastung des Haushaltes.

Erstaunlich ist, dass im Finanzausschuss von diesen 7 Anträgen 5 abgelehnt wurden und lediglich 2 sind bestätigt worden.

Der Stadtrat hat die Freiheit nach einem Diskussionsprozess und einem Abwägungsprozess die richtige Entscheidung zu treffen. Gleichzeitig bin ich natürlich froh, dass von den 21 Anträgen, die eine Erhöhung der Ausgaben beinhalteten, auch nur 4 bestätigt wurden. Aus meiner Sicht, aber 4 Anträge zu viel. Zu viel deshalb, weil keine Deckungsquellen benannt worden sind.

Es ist sicherlich durchaus richtig, an bestimmten Stellen mehr auszugeben, aber gleichzeitig muss man sich positionieren, wo man sich dann in dieser Stadt an anderen Stellen im Ausgabeverhalten zurücknimmt.

Dann gibt es noch 4 Anträge zur Haushaltskonsolidierung, wobei sich über 75 % mit der Ablehnung von Vorschlägen und nur 1 Antrag mit der Erhöhung der Einnahmen, also auch ein klassischer Beitrag zur Konsolidierung, befasst. Insgesamt sind von den 4 Anträgen 3 abgelehnt, leider auch der, der sich mit der Erhöhung der Einnahmen befasst.

Ein Antrag ist positiv beschieden worden, der zum Inhalt hatte, die Erhöhung der Einnahmen abzulehnen. Das ist natürlich wiederholt kontraproduktiv für unsere gesamte Konsolidierung.

Die einzige Möglichkeit die uns bleibt, langfristig auf weitestgehend eigenen Füßen zu stehen, sind stabile steigende eigene Einnahmen, eigene Steuern. Die derzeitigen Prognosen zur Wirtschaftsentwicklung stimmt uns verhalten optimistisch, ohne eigenes Zutun werden wir langfristig unser Ziel nicht erreichen.

Es ist heute deutlich abzusehen, dass die Einnahmen trotz unserer Bemühungen bezüglich der aufgabenbezogenen Finanzausstattung weniger werden. Hiermit meine ich die Einnahmen aus Finanzzuweisungen, ganz konkret die rückläufige Finanzausstattung der Investitionshilfe.

Folie 11

Die Investitionshilfe ist vom Jahre 2009 zum Jahre 2011 halbiert worden. Im Jahre 2008 konnten wir noch mit 19,5 Mio. EUR rechnen, heute für das Jahr 2011 erhalten wir noch 10,5 Mio. und im kommenden Jahr 2012 nur noch 9 Mio. Und so wird es weiterhin sinken.

Ursache ist, das Auslaufen des Solidarpaktes II, in diesem Zusammenhang sinkt die Sonderbedarfsbundesergänzungszuweisung, die am Ende im Jahr 2019 Null sein wird. Die Sonderbedarfsergänzungszuweisung beträgt im Jahr 2010 noch knapp 1,4 Mrd. EUR für unser Land Sachsen-Anhalt und wird im Jahre 2019 letztmalig 330 Mio. EUR betragen, bevor sie im Jahr 2020 auf Null sinkt.

Das Land wird an diesen sinkenden Einnahmen die Kommunen beteiligen. Unser Anteil an diesen Einnahmen war in der Vergangenheit 22,3 % und sollte es auch bei dieser Prozentzahl bleiben 22,3 % von Null Euro bleibt Null. Zwar ist das neue FAG nicht mehr direkt an den Einnahmen des Landes gekoppelt, aber Sie können davon ausgehen, dass die Einnahmen-Ausgaben-Logik bleibt. Bekommt das Land weniger, wird sich dies auch auf die Kommunen auswirken.

Mit dieser Darstellung will ich noch einmal deutlich machen, dass wir uns einen Aufwuchs im Ausgabebereich bezüglich unseres Haushaltes nicht leisten können. Wir müssen sehen und müssen lernen mit dem Ausgabevolumen, welches wir heute haben, mittel- und langfristig auszukommen.

Es besteht eher die Gefahr, dass dieses Ausgabevolumen, wenn unsere Einnahmen nicht steigen, sondern sinken, geringer wird. Das würde zu weiteren Einschränkungen in vielen Bereichen führen.

Unser Oberbürgermeister, einschließlich der Finanzbereich, aber auch alle anderen Beigeordneten wirken ständig darauf hin, dass, soweit wir zusätzliche Aufgaben zur Erledigung übertragen bekommen, auch die finanzielle Ausstattung gewährleistet wird.
Am Anfang meiner Darstellung zeigte ich Ihnen an Hand einiger Beispiele, dass gerade auch auf Bundesebene das Durchsetzen des Konnexitätsprinzips immer schwerer wird.

Die ordnungsgemäße Finanzausstattung der Kommunen ist seit einiger Zeit auch ein Thema, welches im Bundestag angekommen ist. Im Zusammenhang mit der Abschaffung der Gewerbesteuer ist wiederholt vom Städtetag, vom Kreistag und anderen kommunalen Institutionen deutlich die Finanzsituation aller Kommunen dargelegt worden. Ein Abrücken der Bundesregierung vom Abschaffen der Gewerbesteuer ist ein erstes richtiges Signal, solange keine stabile überzeugende Alternative gefunden worden ist. Die bisherigen Modelle sind keine Alternative.

Folie 12

An dieser Stelle, aber auch auf Landesebene ist weiterhin permanent von allen Fraktionen und damit meine ich auch alle Stadträtinnen und Stadträte, Einfluss auf ihre Landtagsabgeordneten, Bundestagsabgeordneten zu nehmen, um dieses Thema immer wieder deutlich anzusprechen. Sollten derartige Gesetze, wie anfangs erwähnt, oder aber das Land bei der Evaluierung des Finanzausgleichsgesetzes der Landeshauptstadt Magdeburg keine ausreichenden Mittel, entsprechend der zu erledigenden Aufgaben, zur Verfügung stellen, werden die kommenden Jahre noch schwieriger, einen ausgeglichenen Haushalt zu gestalten.

Hier meine ich weniger die aktuellen Ausgaben und Einnahmen, sondern die Aufgabe, die Altdefizite mit unserer Haushaltswirtschaft entsprechend zu gestalten.

Ich möchte mich für die konstruktiven Diskussionen in den Ausschüssen und vor allem natürlich im Finanz- und Grundstücksausschuss bedanken. Der Haushalt und das Haushaltskonsolidierungskonzept ist in allen Ausschüssen, in denen diese beraten wurden, mehrheitlich beschlossen worden. Dafür schon einmal Dank an alle Stadträte!

Bezüglich unserer zu erwartenden Diskussion zum Haushalt, unsere Diskussion zum Haushaltskonsolidierungskonzept und vor allem bezüglich der Diskussion zu den vorliegenden Anträgen und Änderungsanträgen zur Drucksache 0414/10 und den Änderungsanträgen zur Drucksache 0389/10 erwarte ich gute Lösungen, gute richtungsweisende Beschlüsse, damit der Genehmigungsfähigkeit nichts im Wege steht.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.